

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**  
- Drucksachen 11/4200, 11/4626 -



Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Frauenpolitik**

**Berichterstatterin** Abgeordnete Marie-Luise Morawietz SPD

### **Beschlußempfehlung**

Der Ausschuß empfiehlt, das im Bericht formulierte Anliegen zu berücksichtigen.

## Bericht

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 27. November 1992 neben Änderungsanträgen zum Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann - auch Anträge zu Haushaltstiteln anderer Einzelpläne beraten, die einen unmittelbar frauenpolitischen Bezug haben.

Zum Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - hat die Fraktion DIE GRÜNEN beantragt, bei

**Kapitel 02 020 Titel 529 72 - Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen**

den Ansatz

um

1 500 000 DM

zu erhöhen.

Die Mittel für das Frauenprojekt sollen zweckgebunden für einen "Notruf mit Frauenzentrum für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien" eingesetzt werden.

Zur Begründung wurde ausgeführt:

Militärs aller Bürgerkriegsparteien setzen Massenvergewaltigungen von Frauen systematisch als Mittel der psychologischen Kriegsführung ein. Besonders betroffen sind weibliche Gefangene und Flüchtlinge in den besetzten Republiken Bosnien-Herzegowina und den besetzten Teilen Kroatiens. Durch die Berichte von Frauen-Komitees ist bekannt geworden, daß allein in Bosnien-Herzegowina 16 Bordell-Lager mit teilweise über 1 000 weiblichen Gefangenen bestehen. Es gibt spezielle Lager für Mädchen; Kleinkinder werden von paramilitärischen Streitkräften systematisch vergewaltigt. Die Not der Frauen und Kinder ist unvorstellbar. Frauen, die flüchten konnten, haben trotz ihres Entkommens unter moralischen und religiösen Vorschriften zu leiden; sie werden massiv - auch materiell - diskriminiert und könne ihre Erlebnisse nicht verarbeiten. Als "Tropfen auf den heißen Stein" soll hier eine humanitäre Hilfsaktion des Landes NW ansetzen: Den vergewaltigten Frauen und Kindern sollen Hilfsangebote zur psychischen und physischen Verarbeitung von Kriegserlebnissen gemacht werden; mit den Frauen gemeinsam

soll ihre soziale und materielle Situation verbessert werden. Eine langfristige Lebensbegleitung wird bei vielen Frauen notwendig sein. Der Notruf mit Frauenzentrum soll in Zagreb angesiedelt werden, möglichst rund um die Uhr besetzt sein und ärztlich-therapeutische und sozialarbeiterische Hilfe bieten können.

Alle Fraktionen im Ausschuß für Frauenpolitik äußerten ihre Betroffenheit über die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien und hielten das Anliegen als solches für gerechtfertigt; sofortige und vordringliche Hilfen für die betroffenen Frauen seien notwendig. Entsprechend einem gleichlautenden Votum des Hauptausschusses wurde die Landesregierung einvernehmlich gebeten, Mittel im Rahmen der "Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen" bevorzugt für diesen Zweck bereitzustellen.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wurde daraufhin nicht mehr zur Abstimmung gestellt.

Marie-Luise Morawietz  
Vorsitzende



Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den  
Haushalts- und Finanzausschuß  
des Landtags

- Anlage zu den  
Vorlagen 11/1702  
11/1703  
11/1704  
11/1705 und  
11/1706

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1993

- Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei -
- Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

4

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
	<u>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</u> Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.				
02 010	<u>Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>				
531 30	Planung und Durchführung von NRW-Festen	700.000	- 100.000		600.000
541 11	Für Aufwendungen anlässlich der Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit"	350.000	- 80.000		270.000

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	neuer Ansatz DM
(02 010)	<u>Titelgruppe 70</u> Erprobung und Anwendung neuer Techno- logien für Zwecke der Staatskanzlei	80.000	- 50.000	30.000
518 70	Mieten für EDV-Anlagen, Geräte und Maschinen			
<u>02 020</u>	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
	<u>Titelgruppe 72</u> Internationale Zusammenarbeit Zuschüsse für Projekte im Ausland	24.290.000	- 300.000	23.990.000
686 72	<u>Verpflichtungsermächtigung</u> 5.000.000 DM + 300.000 DM = 5.300.000 DM			

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
(02 020)	<u>Titelgruppe 76</u>				
	<u>Änderung der Zweckbestimmung</u>				
	Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von <u>Flüchtlingen</u>				
547 76	<u>Änderung der Zweckbestimmung</u> Für die Durchführung von Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von <u>Flüchtlingen</u>	1.000.000	+ 5.000.000		6.000.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> Die Mittel sind vorgesehen für Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien und Kurden im Nord-Irak. Veranschlagt sind u.a. die für die Durchführung beim Land unmittelbar entstehenden notwendigen Ausgaben und Zuschüsse Dritter. Die Zuordnung der Ansätze zu den veranschlagten Titeln hängt u.a. davon ab, wer die Maßnahmen durchführt. Dies steht zur Zeit noch nicht fest. Die Mittel sind daher aus Haushaltssystematischen Gründen zunächst zentral bei Titel 547 76 veranschlagt.				

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
<u>02 050</u>	<u>Landeszentrale für politische Bildung</u>				
684 20	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit	6.600.000	+ 1.000.000		7.600.000
<u>02 060</u>	<u>Wissenschaftszentrum Nordrhein-West-</u> <u>falen</u>				
531 10	Öffentlichkeitsarbeit	170.000	- 50.000		120.000
541 40	Aufwendungen für den Gemeinsamen Kon- gref der Institute des Wissenschafts- zentrums Nordrhein-Westfalen 1993 - CULTEC 2 - Hirnforschung und die kul- turellen Folgen (Arbeitstitel)	420.000	- 20.000		400.000

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 02</u>	3.210.700	-		3.210.700
	Gesamteinnahmen	170.646.500	+ 5.400.000		176.046.500
	Gesamtausgaben	18.735.000	+ 300.000		19.035.000
	Verpflichtungsermächtigungen				